

1./II. 1915

64

Obmann-Konferenz.

1. von Seite des Kriegsministeriums eine Erhöhung der Geschwindigkeit auf den Bahnen zu erlangen,
2. eine Verordnung herauszugeben, die sich mit der Betriebs-einstellung befaßt; eine Sperrung der Industriebetriebe müsse eingehend motiviert werden, um den zahlreichen, in dieser Hinsicht zutage tretenden Willkürlichkeiten vorzubeugen,
3. Kredit-Institute zu schaffen und zur Belehnung von Waren, die nicht expediert werden können; auch Bestellungen sollen belehnt werden können.
4. Zentralstellen zu schaffen zur Aufnahme von Beschwerden von Arbeiter-Organisationen über das willkürliche Herabdrücken der Löhne.

Gem.-Rat Winarsky richtet an den Herrn Bürgermeister die Anfrage, ob er eine Zusammenstellung dieser Arbeiten erhalten könne (1. Zeitpunkt des Arbeitsbeginnes und auf welche Zeit sich die Arbeit erstreckt, 2. ob es zweckmäßig wäre, über diese Arbeiten etwas zu publizieren).

Der Bürgermeister erklärt, den Mitgliedern der Konferenz eine Zusammenstellung der Arbeiten und Lieferungen zur Verfügung zu stellen, spricht sich jedoch gegen eine Publikation derselben aus; selbstverständlich sollen bei diesen Arbeiten in erster Linie nur einheimische Arbeiter beschäftigt werden.

Sämtliche Vorschläge werden von der Konferenz einstimmig angenommen.

Der Bürgermeister befragt hierauf die Konferenz, ob die Arbeiten, um möglichst vielen Verdienstgelegenheiten zu schaffen, in Schichten vorgenommen werden sollen.

Gem.-Rat Neumann erklärt, er spreche sich für Halb-wochenschichten aus.

Der Bürgermeister teilt hierauf mit, daß die im Seehospize San Pelagio untergebracht gewesenen Kinder nach 250stündiger Fahrt in Wien angekommen seien. 29 Schwerfranke wurden ins Subiläumspital gebracht, die übrigen wurden von den Eltern übernommen.

Auf die Anfrage des Gem.-Rates Steiner, was mit den zurückgestellten Österreichern geschehen solle, erklärt der Bürgermeister, es sei Pflicht des Kriegsfürsorgeamtes, für diese Leute zu sorgen.

Auf eine Anfrage des Gem.-Rates Winarsky, wie die Lehrersubstituten behandelt werden, teilt der Bürgermeister mit, daß diese Angelegenheit in Behandlung sei und in der nächsten Obmann-Konferenz zur Sprache gelangen werde.

Gem.-Rat Winarsky bringt folgende zwei Beschwerden vor

1. Im städtischen Elektrizitätswerke wird täglich eine Überstunde gemacht, für die die Arbeiter nichts bezahlt bekommen.
2. Im Straßenbahnhof XVI, wo Leute aufgenommen werden, würden dieselben befragt, ob sie eine Empfehlung von christlich-sozialen Gemeinderäten hätten.

Der Bürgermeister sagt in beiden Fällen eine Abhilfe zu.

Gem.-Rat Steiner berichtet, daß der Präsident des Bühnenvereines Ober-Regisseur Stoll ihn um eine Äußerung ersucht habe, wie er sich zu einer Aktion des Bühnenvereines stelle, nach welcher der Bühnenverein beabsichtigt, fünf Lizenzen zu erwerben. Auf Grund dieser Lizenzen sollen je zehn Herren und je zehn Damen des Schauspielerstandes in Gasthäusern Vortragsabende veranstalten, bei welchen mit Zustimmung des Besitzers aktuelle Lieder zum Vortrage gelangen sollen. Der Ertrag, der durch Abammeln erzielt wird, solle zu verschiedenen

Prozentsätzen dem „Roten Kreuze“, den Bühnengehörigen u. zufließen.

Die Konferenz erklärt einstimmig, die Beantwortung dieser Frage der Statthalterei zu überlassen und zu dieser Frage nicht Stellung zu nehmen.

Die Konferenz sei wohl für eine Hilfsaktion, spreche sich jedoch gegen diese Form entschieden aus.

Die Konferenz wird hierauf geschlossen.

Der Bürgermeister:

Dr. Weiskirchner m. p.

Für den Bürgerklub:

Steiner m. p.

Für die liberale Partei:

Dr. Hein m. p.

Für die sozialdemokratische Fraktion:

Neumann m. p.

Der Schriftführer:

Böttger m. p.,

Magistrats-Sekretär.